

Antrag

des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der weiteren Abgeordneten der PDS

Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR, was diesen nicht als materiell-rechtsstaatlich erworben zurückgegeben wird und auf das auch Berechtigte keinen Anspruch haben, entsprechend dem Einigungsvertrag ausschließlich für gemeinnützige Zwecke in den fünf neuen Bundesländern und Berlin verwendet wird, ohne daß eine Verringerung durch fiskalische Ansprüche (Steuern) erfolgt. Im Falle einer unvermeidbaren Inanspruchnahme durch Steuern erfolgt eine Erstattung in das Sondervermögen.

Bonn, den 8. Dezember 1994

Dr. Gregor Gysi für die Abgeordneten der PDS

